

71. Sitzung

am Dienstag, dem 29. März 2011, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 6170

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Jakob Schwimmer 6170

Gratulation zur Neu- bzw. Wiederwahl in
parlamentarische Funktionen..... 6170

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vor-
schlag der CSU-Fraktion
**"Gewalt bei Fußballspielen: Welche Sicher-
heitsmaßnahmen trifft die Polizei im Zusam-
menhang mit Fußballeinsätzen?"**

- Christian Meißner (CSU)..... 6170 6171
- Staatsminister Joachim Herrmann. 6170 6171 6173
6174 6175 6176 6177 6178
- Susanna Tausendfreund (GRÜNE) 6172 6173 6177
- Harald Schneider (SPD)..... 6173
- Horst Arnold (SPD)..... 6174
- Manfred Ländner (CSU)..... 6175
- Julika Sandt (FDP)..... 6176
- Joachim Hanisch (FW)..... 6176
- Tobias Thalhammer (FDP)..... 6177

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vor-
schlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN

"Energiewende jetzt!"

- Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 6178 6180
- Otto Zeitler (CSU)..... 6180
- Tobias Reiß (CSU)..... 6180
- Ludwig Wörner (SPD)..... 6182
- Thorsten Glauber (FW)..... 6184
- Tobias Thalhammer (FDP)..... 6185
- Markus Blume (CSU)..... 6186
- Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 6187
- Staatsminister Martin Zeil..... 6188

Schlussbericht

**des Untersuchungsausschusses
zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und mög-
licher Versäumnisse von Ministerpräsident
Horst Seehofer, Staatsminister Georg Fahren-
schon, Staatsminister Joachim Herrmann,
Staatsministerin Emilia Müller, Staatsminister
Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund
Stoiber, Ministerpräsident a. D. Dr. Günther
Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt
Faltlhauser, Staatsminister a. D. Erwin Huber,
Staatssekretär a. D. Georg Schmid, Staatssek-
retär a. D. Jürgen W. Heike in Zusammenhang
mit dem Erwerb und dem Verkauf der Hypo
Group Alpe Adria (HGAA) durch die Bayeri-
sche Landesbank (BayernLB) (Drs. 16/7500)**
- Einsetzungsbeschluss (Drs. 16/3855) -

- Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 6190
- Harald Güller (SPD)..... 6194 6215
- Bernhard Pohl (FW)..... 6198
- Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)..... 6202 6206 6207 6208
- Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 6207
- Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 6208
- Karsten Klein (FDP)..... 6208 6209 6217
- Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... 6213 6215
- Inge Aures (SPD)..... 6215 6217
- Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FW)..... 6218

Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO zur
Ausssprache

- Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 6219

von Polizisten verpflichtet, sondern ich fühle mich gleichzeitig auch in gewisser Weise den Fußballfans verbunden. Mit meiner Frage möchte ich noch einmal auf die "Gewalttäterdatei Sport" eingehen. Ist es wirklich mit allen rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar, dass darin pauschal Fußballfans aufgenommen werden, aber nicht darüber informiert werden, dass sie sich in dieser Datei befinden? Und wie wir bei den Fußballfans nicht pauschalieren dürfen, darf man von staatlicher Seite auch nicht mit dieser "Gewalttäterdatei Sport" pauschalisieren.

Des Weiteren möchte ich Sie fragen, wie Sie mit der berechtigten Kritik des Landesbeauftragten für den Datenschutz umgehen, der in seinem aktuellen Tätigkeitsbericht das Fotografieren und Videografieren von Fanbussen kritisch gesehen hat.

Aufgrund eigener Erfahrungen möchte ich gerne Ihre Einschätzung hören, wie Sie den Umgang mit den Fußballsonderzügen einstufen. Ich denke da beispielsweise an den Fußballsonderzug von München nach Nürnberg. Ich war schon selbst dabei. Da wird man nach meiner Ansicht zu intensiv betreut, wenn man quasi total begleitet vom Zug auf dem ganzen Weg ins Stadion geführt wird, auch wenn keine Gefahr in Verzug ist oder auch, wenn man beispielsweise nicht unbedingt den Anschein erweckt, eine Gewalttat begehen zu wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Thalhammer. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Um Missverständnisse auszuschließen, darf ich eingangs unterstreichen, Herr Kollege Thalhammer, dass auch ich begeisterter Fußballfan bin. Ich bin zwar nicht regelmäßig in der Südkurve, aber alles, was zum Schutze und zur Sicherheit in den Stadien geschieht, tun wir für die Fußballfans. Es geht uns doch darum, dass jedes Wochenende Hunderttausende von Fußballfans in ganz Deutschland ohne Probleme ihr Fußballspiel ansehen können. Ich habe es vorhin schon ausdrücklich gesagt: Die allermeisten dieser Hunderttausenden von Fußballfans haben kein anderes Interesse, als wunderschöne Spiele zu sehen. Sie wollen dabei nicht durch Gewalt belästigt werden, weder von gewalttätigen Fans der eigenen Mannschaft noch von den Fans anderer Mannschaften. Sie wollen ein schönes, spannendes Spiel ohne Gewalt. Genau diesen Fans fühlen wir uns verpflichtet. Deshalb müssen wir gegen diejenigen, die mit Gewalt unterwegs sind, entsprechend vorgehen.

Es geschieht wahrlich niemandem Unrecht. Wir müssen in jedem Fall betrachten, wie man Gewalttätigkei-

ten von vornherein vermeiden kann. Sie haben die Situation in Nürnberg angesprochen. Dort gibt es seit vielen Jahren ein bewährtes Konzept. Man geleitet die Fans der unterschiedlichen Mannschaften von den Bahnhöfen und den U-Bahn-Stationen getrennt voneinander in das Stadion. Das ist eine spezielle Tradition. Im Nürnberger Club-Stadion werden die Fans der gegnerischen Mannschaft auf anderen Wegen und durch andere Eingänge in das Stadion geführt als die Club-Fans. Für jemanden, der das aus anderen Stadien nicht gewohnt ist, ist das überraschend. Nach Auskunft der Polizeibeamten hat sich diese Methode bewährt. Ich meine, der Eingriff in die persönliche Freiheit der jeweiligen Fans hält sich durchaus in Grenzen. Niemand wird mit Gewalt gehindert. Ich glaube aber, dass es klug ist, die gegnerischen Fans mit solchen Maßnahmen möglichst schon im Vorfeld auseinanderzuhalten, damit sie nicht aufeinandertreffen. Damit ist das Konfliktpotenzial am geringsten. In anderen Stadien wird es andere Konzepte geben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Die Befragung ist damit beendet.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Energiewende jetzt!"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Energiewende jetzt!" beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Der erste Redner ist Herr Kollege Ludwig Hartmann. Bitte schön, Herr Hartmann, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern seit drei Jahrzehnten eine verfehlte Energiepolitik, die einseitig auf die Kernkraftwerke gesetzt hat. Seit drei Jahrzehnten liegt der Anteil des Atomstroms bei ca. 60 %. Traurig daran ist, dass die

Staatsregierung das immer noch als ausgewogenen Energiemix bezeichnet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Energiewende, die vor uns steht, ist in Bayern schwerer zu verwirklichen als in anderen Bundesländern, weil man jahrzehntlang den falschen Weg gegangen ist. Die Staatsregierung hat in puncto Energiepolitik nur zwei Sachen gemacht: Sie hat sich erstens für die Laufzeitverlängerung eingesetzt, um damit den Anteil des Atomstroms festzuschreiben. Zweitens. Seit 2000 behindert sie jegliche Bemühung, den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Das begann 2000, als sie im Bundesrat und im Bundestag gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - gestimmt hat. Sie haben gezielt gegen den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gestimmt. Dass wir in Bayern einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien haben, ist alleine das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und nicht das Verdienst der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende beschränkt sich nicht alleine auf das Thema "Atomausstieg", sondern bezieht sich auf drei entscheidende Bereiche: Energiesparen, Energieeffizienz und massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Ganz vorne steht der Ausstieg aus der Kernkraft, weil diese Technik definitiv nicht beherrschbar ist. Ich glaube, das ist in diesem Hause jetzt unumstritten. Entscheidend ist aber auch, dass wir endlich in den Stromnetzen Platz bekommen und die Netze nicht mehr vom Atomstrom verstopft werden, damit der Strom aus erneuerbaren Energien fließen kann. Für die erneuerbaren Energien ist entscheidend, dass die abgeschriebenen Kernkraftwerke nicht mehr gegen neue Energieanlagen konkurrieren. Das sind nicht nur die Anlagen für erneuerbare Energien, sondern auch Gaskraftwerke. Die abgeschriebenen Atomkraftanlagen müssen aus dem Strommix verschwinden. Das wird für mehr Wettbewerb und für mehr Wirtschaftlichkeit der neuen Energieanlagen sorgen.

Die Betriebsgenehmigung für Isar 1 ist umgehend zu entziehen. Diese Forderung richtet sich an Umweltminister Dr. Söder, der gerade nicht im Hause ist. Er muss nicht nach Berlin blicken; denn es ist die Aufgabe des Umweltministers, der die Atomaufsicht unter sich hat. Die Entscheidung liegt in seiner Verantwortung und in seiner Macht, das zu tun. Sie können das sofort tun. Sie brauchen nicht zu warten. Sie könnten jetzt handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entscheidend ist die Effizienz bei fossilen Großkraftwerken. Der größte Teil der fossilen Großkraftwerke hat einen Wirkungsgrad von unter 40 %. Das ist ein Armutszeugnis. Neue Kraftwerke wie moderne Gaskraftwerke haben einen Wirkungsgrad von fast 60 %, mit Kraft-Wärme-Kopplung kommen sie auf einen Wirkungsgrad von 80 %. Dahin muss der Weg gehen. Für Energiesparen und Energieeffizienz muss etwas gemacht werden.

Ich will aufzeigen, welche falschen Wege die Staatsregierung in den letzten Wochen, nicht nur in den letzten Jahren, gewiesen hat. Ein Beispiel sind die Nachtspeicheröfen in Bayern. Seit über einem Jahrzehnt beantragen die GRÜNEN, anlässlich der Beratung des Doppelhaushalts ein Programm aufzulegen, um die Nachtspeicheröfen auszutauschen und sie vom Markt zu bekommen. Die Nachtspeicheröfen sind ca. 5 % des nächtlichen Strombedarfs in diesem Land verantwortlich. Wir könnten die nächtliche Grundlast um 5 % senken, wenn wir auf die Nachtspeicheröfen verzichten. Das könnten wir sofort machen. Im Zuge der Beratung zum Doppelhaushalt haben wir einen Antrag gestellt. Die Koalitionsfraktionen haben ihn abgelehnt.

Wir haben beantragt, ein Förderprogramm für kleine Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen aufzulegen, damit dieser Markt in Bewegung kommt. Auch das wurde von der Koalition abgelehnt. Weitere Anträge betrafen effiziente Programme zum Austausch von Heizpumpen, Haushaltsgeräten, Elektromotoren usw. bis hin zum flächendeckenden Ausbau von Energieagenturen. Jetzt kann gehandelt werden, jetzt muss etwas passieren.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für das Ziel, 100 % erneuerbare Energie zu erreichen, lohnt es sich zu kämpfen. Wir sollten von den Atomgefahren wegkommen, aber wir sollten auch den Klimawandel möglichst glimpflich ausfallen lassen. Dafür ist der Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien unabdingbar. Weitere Bereiche kommen hinzu: Ressourcenschutz, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von internationalen Energiemärkten können wir nur erreichen, wenn wir auf 100 % erneuerbare Energien setzen. Die regionalen Beschäftigungseffekte werden positiv sein. Ich habe schon oft angesprochen, wiederhole es aber gerne, dass Bayern auf dem Stromsektor eine Spitzenposition einnahm. Vor zehn Jahren stand Bayern auf Platz 1. In den letzten zehn Jahren, als das EEG funktioniert hat und andere Länder viel in erneuerbare Energien investiert haben, fiel Bayern auf Platz 7 ab. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden sicherlich wieder ansprechen, dass die GRÜNEN gegen den Ausbau der Windkraft und gegen den Ausbau der Stromnetze seien. Ich habe mir die Arbeit gemacht und nachgesehen, wo in den letzten zwei Monaten Windkraftanlagen abgelehnt wurden. Am 01.02.2011 hat sich der Bürgermeister der GRÜNEN in der Stadt Lauf dafür eingesetzt, dass Windkraftanlagen entstehen. Die Sitzungsvorlage wurde von den Rednern der CSU und der SPD und einem der Freien Wähler gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt. Hier waren nicht wir gegen die Windkraftanlagen; wir wollten sie voranbringen. Das wurde abgelehnt.

Eine weitere Sache zieht sich bereits seit Monaten hin. In Weiden in der Oberpfalz hat der SPD-Oberbürgermeister Windkraftanlagen vorgesehen und wollte sie voranbringen. In der Bevölkerung hat sich etwas Widerstand dagegen geregt. Wer waren die Ersten, die auf der Seite der Gegner standen? Die dortige CSU-Fraktion hat sich gegen diese Windkraftanlagen ausgesprochen. Es sind nicht die GRÜNEN. Sie kommen hier nicht heraus: Sie müssen konkrete Beispiele nennen und dürfen nicht pauschal behaupten, dass wir dagegen seien. Sie schieben den Bürgerprotest meistens links zur Seite, wenn es zum Beispiel um die dritte Startbahn oder andere Großprojekte geht. Bei jeder Windkraftanlage sind Sie die Ersten, die auf der Seite derer stehen, die dagegen Bedenken äußern. Das ist sehr schade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hartmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeitler zu?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das mache ich gerne am Schluss. Ich habe noch zwei Minuten.

(Peter Winter (CSU): Lass ihn doch zu Wort kommen!)

Gerne, wenn ich mit meiner Rede fertig bin.

Otto Zeitler (CSU): Darf ich wenigstens sagen, dass Ihre Leute gestern im Kreistag zu Schwandorf gegen Windkraftanlagen gestimmt haben?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Zeitler, ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt. Jetzt hat Herr Kollege Hartmann das Wort. Er kann ungestört fortfahren.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Darf ich darum bitten, die paar Sekunden zurückzubekommen, in denen die Uhr weitergelaufen ist?

(Tobias Thalhammer (FDP): In der Kürze liegt die Würze! Es zählt nicht die Quantität, sondern die Qualität!)

Zum Schluss möchte ich ganz kurz auf folgende Bereiche eingehen: Klar ist, dass die Energiewende Geld kosten und wahrscheinlich Milliarden verschlingen wird. Sie scheitert nicht am Geld; denn die Investoren stehen bereit. Sie scheitert daran, dass die Politik nicht bereit ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Im letzten Jahr wurden weit über 15 Milliarden Euro allein für die erneuerbaren Energien investiert. Dieses Geld stammte nicht von den großen Konzernen, sondern von vielen Stadtwerken und Bürgerbeteiligungen. Das Kapital ist also da. Entscheidend ist jedoch, dass wir Kreativität und Ideen dafür bekommen, wie die Energiewende gestaltet werden kann. Hier fehlt es bei der Staatsregierung, der FDP und der CSU massiv. Vor allem fehlt der Mut, sich mit den großen Energiekonzernen anzulegen, sich endlich einmal mit Eon anzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eon bezieht knapp 45 % seines Stromes aus Atomkraftwerken. Mit diesem Unternehmen müssen Sie sich endlich einmal anlegen und die alten Bänder abschneiden und durchbrechen. Sonst werden wir nie zu einer Energiewende kommen, die den Namen wirklich verdient. Mit Eon wird das nicht funktionieren. Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger und die Stadtwerke mit. Machen Sie mit denen gemeinsam eine Energiewende. Nur so kann es funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur Information für alle Kolleginnen und Kollegen: Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind in der aktuellen Stunde nicht statthaft. Jetzt hat Herr Kollege Tobias Reiß das Wort.

(Ludwig Wörner (SPD): Der Energiespezialist!)

Tobias Reiß (CSU): - Es gibt nur einen Energiespezialisten, nämlich den Herrn Wörner.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, es ist gut und richtig, dass wir heute, auch unter den Eindrücken der Reaktorkatastrophe in Japan, noch einmal in diesem Hause über die Energiepolitik diskutieren. Sie haben diese Aktuelle Stunde richtigerweise mit dem Wort "Energiewende" überschrieben und fordern uns auf, endlich zu handeln. Auch wenn uns die Ereignisse in Japan dazu veranlassen, alles auf den Prüfstand zu stellen, möchte ich schon darauf hinweisen, dass beispielsweise der "SPIEGEL" noch im September letzten Jahres das

Energiekonzept der Bundesregierung kommentiert hat. Dort ist von "grüner Energiewende", von einem "verwegenen Plan" und von "ambitionierten Zielen" die Rede.

Das ist wie gesagt nicht meine Interpretation, sondern die Interpretation des "SPIEGEL" vom September 2010. Sicherlich geht es jetzt darum, diese ambitionierten Ziele erneut zu überarbeiten und den Umbau hin zu mehr erneuerbarer Energie voranzutreiben. Wir haben deshalb in der letzten Woche in unserem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, bis Mai ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Umfang ein Umstieg in die regenerative Energieerzeugung in den nächsten zehn Jahren möglich ist.

Bei aller Diskussion muss es dabei unser zentrales Anliegen sein, eine zuverlässige, klimagerechte und vor allem auch bezahlbare Energieversorgung hinzubekommen. Wir wollen auf erneuerbare Energien umsteigen, aber dieser Umstieg muss verlässlich und solide organisiert sein. Wenn wir jetzt über eine weitere Beschleunigung des Umbaus reden, gehört es zunächst zu den Tatsachen, dass auch auf der Basis der von Rot-Grün beschlossenen Laufzeiten heute noch kein einziges Kernkraftwerk vom Netz wäre.

(Ludwig Wörner (SPD): Freilich!)

Der von Rot-Grün beschlossene Atomausstieg geht nicht von einer sofortigen Abschaltung aller Atommeiler aus. Auch bei Rot-Grün existiert eine Brücke, die immerhin bis zum Jahr 2022 reicht. Wir werden in Baden-Württemberg sicher beobachten können, ob diejenigen, die gestern noch "Abschalten" skandiert haben, morgen, wenn sie in politischer Verantwortung stehen, tatsächlich abschalten. Klar ist, dass wir mit einem Aktionismus nach dem Motto "Wer schaltet die Kernkraftwerke schneller ab?" nicht weiterkommen, sondern nur mit tragfähigen und plausiblen Konzepten. Allein mit Illusionen und unschlüssigen Konzepten lässt sich noch kein sauberer Strom erzeugen.

Ich bin gespannt, wie die "Dagegen-Partei" die Wende hin zum Dafür-Sein schafft, wenn es beispielsweise darum geht, unpopuläre Maßnahmen vor Ort durchzusetzen, wenn es darum geht, die Landschaft mit Stromtrassen zu zerschneiden, und wenn es darum geht, großflächige Energiespeichieranlagen umzusetzen und die Genehmigungsverfahren dafür zu beschleunigen. Ich bin auch gespannt, wie Sie unseren Menschen erklären, dass unsere Klimaziele nicht zu halten sein werden. Die Erhöhung der öffentlichen Akzeptanz aller Maßnahmen ist unsere gemeinsame Aufgabe. Wir sitzen hier alle in einem Boot. Der Konsens darf nicht der sein, dass die einen ru-

dern und die anderen angeln. Wir brauchen auf allen Seiten mehr Ehrlichkeit.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen vor allem die Interessen der Verbraucher berücksichtigen, die am Schluss alle Maßnahmen mit ihren Steuern und über die Strompreise finanzieren müssen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das müssen sie jetzt auch schon!)

Beispiel Netzausbau: Wenn der Umstieg auf die erneuerbaren Energien gelingen soll, müssen wir in den nächsten Jahren kilometerweise neue Stromleitungen durch Deutschland legen. Die Schätzungen liegen zwischen dreieinhalb- und viereinhalbtausend Kilometer. Dieser Ausbau muss mit Augenmaß erfolgen, weil für viele Regionen und deren Bevölkerung Nachteile entstehen werden. Ich bin aber überzeugt, dass die Fläche vom Netzausbau, von der Einspeisung regenerativer Energien aus Wind, Sonne und Biomasse, profitieren wird, wenn es gelingt, den Belangen des ländlichen Raumes hinreichend Rechnung zu tragen.

Nötig ist der Ausbau der Übertragungsnetze aus dem Norden und Osten zu den Verbrauchszentren im Süden. Wir müssen außerdem für Bayern eine optimale Versorgungsstruktur entwickeln. Zunächst müssen die Fragen geklärt werden: Was ist in Bayern möglich? Was können wir vor Ort machen? Was kann der ländliche Raum beitragen? Jede Kilowattstunde, die vor Ort erzeugt wird, muss nicht über weite Strecken transportiert werden. Jeder von uns spürt den Willen, gerade in den ländlichen Regionen Bayerns, noch mehr zum Ausbau der regenerativen Energieerzeugung beizutragen. Bei aller Beschleunigung ist es deshalb auch unsere Aufgabe, die örtlichen Initiativen mitkommen zu lassen und damit die Akzeptanz vor Ort sicherzustellen.

(Ludwig Wörner (SPD): Da sind wir weiter als ihr!)

Ohne Netzausbau und ohne einen effizienten Netzbetrieb ist das Ziel einer dezentralen und von vielen Anlagenbetreibern getragenen Energieversorgung nicht zu erreichen. Dabei muss es uns gelingen, die Netze zunehmend intelligenter zu machen. Wir müssen Stromerzeugung, -speicherung und -verbrauch durch die Verbindung von Stromübertragungs- und Informationstechnologie stärker vernetzen. Davon wird nicht zuletzt der nötige Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum profitieren. Wir können hier eine sinnvolle Verknüpfung von Zukunftstechnologien schaffen.

Fest steht: Nur mit stark ausgebauten Netzen werden wir die Energiewende hin zu mehr erneuerbarer Energie bewältigen können. Die größte Baustelle, die wir haben, ist noch nicht einmal ein intelligentes Netz. Unser engstes Nadelöhr auf dem Weg zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist die Speicherung. Nicht nur die Deutsche Umwelthilfe stellt klar, dass auf dem Weg zu einer Vollversorgung mit erneuerbarer Energie dem Aufbau von Speicherkapazität die zentrale Bedeutung zukommt, sondern auch Ihr grüner Kollege, Herr Hartmann. Der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Rainer Baake, stellt gleichzeitig fest, dass bis 2020 Stromspeicher nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen werden. Wenn sich die Windstromerzeugung an einem Schwachwindtag der Nulllinie entlang schlängelt - das dürfte an hundert Tagen im Jahr der Fall sein - und wenn die Sonne untergegangen ist - das dürfte an ca. 365 Tagen im Jahr vorkommen - ,

(Ludwig Wörner (SPD): Dann geht das Licht aus!)

dann brauchen Sie den Strom zu 100 % aus anderen Quellen oder aus einem gefüllten Speicher.

Herr Kollege Hartmann, Sie sagen, es lohne sich, für 100 % erneuerbare Energie zu kämpfen. Dann frage ich mich aber, warum Rot-Grün die Speicherfrage jahrelang sträflich vernachlässigt hat. Ich will es nicht übertreiben, aber Wind- und Sonnenenergie massiv auszubauen und dabei die Speicherfrage zu vernachlässigen ist nicht viel besser, als auf Kernenergie zu setzen und dabei die Endlagerfrage außer Acht zu lassen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihr habt beides gemacht!)

Unser Problem wird in Zukunft nicht sein, dass zu wenig regenerative Energie installiert ist, sondern unser Problem wird sein, dass Photovoltaik und Wind zu wenig und zu unbeständig Strom liefern.

(Ludwig Wörner (SPD): Falsch! Die Kernkraftwerke verstopfen die Leitungen!)

Am Ende wird nicht danach gefragt werden, ob wir die Leistung aus Sonne und Wind in den nächsten zehn Jahren verdoppeln oder verdreifachen können. Die alles entscheidende Frage wird sein, welchen Teil diese Leistung zur Deckung des Stromverbrauchs tatsächlich und gesichert beitragen kann. Wir werden bei der Speichertechnologie alle Möglichkeiten, die funktionieren, anwenden müssen. Wir wissen aber auch, dass vieles, wie zum Beispiel die Umwandlung von Windstrom in Wasserstoff oder Methan, heute erst im Labormaßstab funktioniert.

Auch bei der Förderkulisse nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - werden wir uns überlegen müssen, wie wir eine Energieversorgungsstruktur aufbauen, die konventionelle Kraftwerke tatsächlich ersetzen kann und welchen Einfluss diese Struktur auf die Verdienstmöglichkeiten der Investoren hat. Im Moment bestimmt die eingespeiste Kilowattstunde den Preis, egal ob die Energie gebraucht wird oder nicht. Wir brauchen Anreize für den Betrieb von Biogasanlagen im Umkehrprofil zu Wind und Sonne. Wir haben die Chance, Weltmarktführer in Sachen saubere Energie zu werden. Dafür ist aber die Effizienz entscheidend, und das nicht nur bei der Energieversorgung, sondern auch bei unserem Handeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Das Wort hat der Kollege Ludwig Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reiß, wenn Sie diese Rede vor vier Wochen gehalten hätten, hätte ich Sie Ihnen abgenommen. Vor vier Wochen war aber alles noch ganz anders, wenn ich Sie daran erinnern darf. Ich gestehe Ihnen Lernfähigkeit zu. Diese Lernfähigkeit mit Schuldzuweisungen zu verbinden, ist aber aus einer ganzen Reihe von Gründen falsch. Diese Gründe will ich Ihnen gerne deutlich machen. Zuerst aber will ich Ihnen sagen, wie verräterisch Ihre Sprache ist. Sie haben gesagt: "Wenn es darum geht, die Landschaft mit Stromtrassen zu zerschneiden ..." Das ist genau die Diktion, mit der Sie Panik schüren.

(Beifall bei der SPD)

Genau die können wir nicht mehr brauchen. Diese Diktion verwenden Sie immer noch, und darum glaube ich Ihnen das, was Sie gerade erzählt haben, nicht. Ich könnte es Ihnen auch noch an einer Reihe anderer Worte nachweisen. Wie gesagt, Sie haben einen Zug abfahren lassen, auf den Sie jetzt wieder mühsam aufspringen müssen. Wir sind gerne bereit, Ihnen zu helfen und auf diesem Zug mitzufahren. Sie sollten aber darüber nachdenken, wie viele unserer Anträge zum Thema regenerative Energie Sie wieder ablehnen werden oder wo wir gemeinsam etwas tun können, um die Entwicklung rasch voranzubringen.

Meine Damen und Herren, die Erfolgsstory von Rot-Grün war unter anderem der Atomausstieg. Sie haben gar nicht geglaubt, dass wir ihn auf den Weg bringen. Für Sie war das unmöglich. Wir haben es geschafft. Im Übrigen stimmt es nicht, dass kein Atomkraftwerk vom Netz gegangen ist. Ich darf Sie nur daran erinnern: Mülheim-Kärlich, Stade und Obrigheim sind vom Netz; Isar, Biblis und Neckarwestheim wären jetzt

dran gewesen. So wäre es nach der rot-grünen Gesetzgebung der Fall.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wer hier sagt, wir hätten nicht genug getan, hat entweder etwas übersehen, oder er blendet es bewusst aus.

Das Zweite: Wir haben nicht nur einen Plan zum Ausstieg vorgelegt, sondern wir haben mit dem EEG sehr wohl einen Plan dafür gehabt, wie wir möglichst schnell auf regenerative Energien umsteigen und wie wir diese rasant ausbauen können. Sie haben das EEG abgelehnt. Das EEG hat uns selbst mit seinem Erfolg überrollt. Sie haben gesagt, ein Anteil von 12,7 % an regenerativen Energien sei nie erreichbar. Heute sind wir immerhin bei 17 %. Was beweist denn das? Das EEG, das von Ihnen bis aufs Messer bekämpft wurde, war genau der richtige Weg. Sie haben alles versucht, um dieses Gesetz zu verhindern. Das Gesetz war keine Fantasterei, sondern es ist Realität geworden. Manchmal kann man auch Fantasien entwickeln, ohne gleich ein Fantast zu sein. Mit der Fantasie kann man die Menschen auf den Weg in die Zukunft regenerativer Energien mitnehmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es geht.

Sie haben es immer noch nicht verinnerlicht. Nicht das schlimme Ereignis in Japan war der Auslöser für Sie, sondern der Machtverlust. Das ist aber noch zu wenig, um es glaubhaft rüberzubringen. Sie müssen noch daran arbeiten. Die Wählerinnen und Wähler haben Ihnen gezeigt, dass die Brücke, die Sie einmal gezeichnet haben, zu lang ist. Sie haben Ihnen diese Brücke erheblich verkürzt. Wir helfen gerne mit, dass Sie nicht wieder an die Macht kommen, sondern dass wir endlich atomfrei werden, um sicherzustellen, dass das, was in Japan passiert ist, bei uns überhaupt nicht vorkommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Es ist geboten und höchste Zeit, auf regenerative Energien umzusteigen. Wir müssen uns in dieser Frage von niemandem belehren lassen. Sie waren die Neinsager, nicht wir. Sie haben zehn Jahre lang unsere Anträge, regenerative Energien vorzusehen, abgelehnt. Sie haben alles blockiert und dafür Sorge getragen, dass so manches schiefgeht.

Gerade ist Lauf angesprochen worden. Ich war selber einmal dort. So, wie die Stimmung dort durch allerlei Parteigeplänkel aufgeheizt war, kann man es nicht machen. Dass am Ende sogar der Bürgermeister und Leute, die für die Windkraft waren, eingeknickt sind, muss man verstehen, wenn man die Situation dort er-

lebt hat. Auch der grüne Bürgermeister hätte es natürlich etwas geschickter einfädeln können, aber darüber müssen wir insgesamt reden. Wenn wir wollen, dass die Menschen regenerative Energien akzeptieren, müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen und dürfen nicht beim ersten kleinen Windhauch umfallen. Das ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, dass der Umstieg möglich und notwendig ist, erkennt man an dem, was der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen zu Ihrem sogenannten Energiekonzept unter anderem gesagt hat. Der Sachverständigenrat - das ist Ihr Regierungsapparat und nicht meiner - sagt nämlich, die Laufzeitverlängerungen waren nicht notwendig, sie sind nicht notwendig und sie gefährden den Ausbau regenerativer Energien.

Genau bei diesem Punkt sind wir jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was haben Sie mit dem Durchsetzen der Laufzeitverlängerung entgegen allen parlamentarischen Spielregeln durchgesetzt? Der Atomstrom verstopft die Leitungen für regenerative Energien.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das ist doch Schnee von gestern! Das ist doch uralt!)

- Es mag schon sein, dass es für Sie Schnee von gestern ist. Für Sie ist aber auch das Lernergebnis von heute wichtig. Hören Sie gut zu, dann brauchen Sie nicht zu sagen, das sei Schnee von gestern. Hätten Sie früher zugehört, bräuchten wir heute nicht über Schnee von gestern zu reden, Herr Kollege.

Sie verstopfen mit Atomstrom die Leitungen. An einem Beispiel kann man das deutlich machen: Wenn nachts Wind weht, wir aber genügend Strom aus Atomkraftanlagen haben, gilt die Vorrangregelung für die regenerativen Energien plötzlich nicht mehr. Dann werden die Windräder ausgeschaltet, und das Kernkraftwerk läuft weiter. Der Windradbetreiber bekommt dafür 25 % der entgangenen Leistung ersetzt. Das nennen Sie eine Vorrangspeisung. Das ist es nicht. Daran müssen wir etwas ändern. Wenn wir wollen, dass die regenerativen Energien wirklich Vorrang haben, müssen wir für diesen Vorrang auch sorgen.

Das Öko-Institut kommt zum selben Ergebnis. Wir haben mehr als ausreichend Strom. Wir haben Überkapazitäten in Höhe von 8.700 MW. Diese Überkapazitäten liegen weit über dem, was wir in Spitzenzeiten brauchen. Das beweist, dass Ihre Mär, in Deutschland gingen die Lichter aus, gelogen war. Das war nicht die Wahrheit, sondern Panikmache. Gerade haben wir acht Atomkraftwerke vom Netz genommen. Was ist passiert? - Nichts ist passiert. Meine Damen und Her-

ren, lassen Sie sich nicht immer von den Energieerzeugern erzählen, was los ist. Denken Sie selber nach, und überprüfen Sie die Zahlen. Vielleicht kommen Sie dann zu den Ergebnissen, zu denen wir schon lange gekommen sind. Wir brauchen eigene Förderprogramme. Herr Söder schreit jetzt schon wieder nach Berlin: Berlin muss zahlen. Lieber Herr Staatsminister, zunächst sollten wir einmal unsere Hausaufgaben machen. Stellen Sie im Haushalt mehr Geld als bisher zur Verfügung. Streichen Sie nicht die Programme zusammen, wie Sie es getan haben. Dann wären wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stärken wir Forschung und Entwicklung. Das sind Arbeitsplätze. Das ist Zukunft. Wir haben ein Gutachten von Roland Berger. Herr Ministerpräsident, Roland Berger steht Ihnen näher als uns. Roland Berger sagt, dass 580 Milliarden Euro über regenerative Energien generiert werden könnten. Warum nutzen wir das nicht? Warum nutzen wir nicht die dabei entstehenden Arbeitskräfte und die Marktführerschaft für viele Produkte, die auf dem Weltmarkt vermarktet werden könnten?

Wir brauchen Fördergelder für Geothermie-Projekte. Derartige Maßnahmen - das tun Sie nicht so gerne - sollten wir in das Landesentwicklungsprogramm schreiben. Wo bauen wir Pumpspeicherkraftwerke? Neulich haben Sie unseren Antrag, einen Plan dafür aufzustellen, abgelehnt. Ich halte es für die Aufgabe des Staates, festzulegen, wo wir etwas tun und zulassen, damit die Betreiber dies umsetzen und organisieren können.

Außerdem müssen wir die gesetzlichen Hürden für die erneuerbaren Energien abbauen, die Sie häufig über Anordnungen für die einzelnen Bezirksregierungen aufgestellt haben. Diese müssen herausgenommen werden. Wir dürfen nicht pauschal sagen: Wir erklären uns für energieautark. Das ist landauf, landab bereits Mode geworden. Wenn Gemeinden und Kommunen energieautark werden wollen, müssen wir sie bei dieser Aufgabe finanziell stärken. Wir müssen ihnen einen Berater an die Hand geben. Die Beratungsleistung muss zum Teil von uns bezahlt werden, um sicherzustellen, dass dies nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch rasch umgesetzt wird.

Wir müssen diese geschmäckerliche Debatte über die Windkraft beenden. Wir sollten nicht darüber diskutieren, ob die Windkraftanlagen schön oder nicht schön sind. Das Ereignis in Japan ist noch viel hässlicher als ein Windrad.

(Beifall bei der SPD)

Windenergie stellt einen erheblichen Anteil an erneuerbaren Energien dar, den wir in Bayern ausbauen können und müssen. In Bezug auf den Zubau an Windkraft sind wir von 2005 bis 2009 an die letzte Stelle gerückt. Wasserkraft kann noch effektiver gespeichert werden. Wir brauchen den Speicher-Kataster für Pumpspeicherkraftwerke. Zudem ist Lastmanagement eine entscheidende Frage der Zukunft. Im Rahmen des Lastmanagements können die Stromspitzen abgefangen werden. Wenn wir das alles realisieren - dabei helfen wir Ihnen gerne -, befinden wir uns auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Thorsten Glauber von den Freien Wählern das Wort.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürger in Deutschland lassen sich nicht täuschen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Wirtschaftsminister Brüderle, BDI-Geschäftsführer a. D. Schnappauf, Umweltminister Söder, Ministerpräsident Seehofer und auch Sie, Herr Wirtschaftsminister Zeil, standen für die Atomlobby in Deutschland. Ohne Not haben Sie über eine zehnjährige Laufzeitverlängerung in diesem Land entschieden. Jetzt erzählen Sie uns, dass Sie plötzlich auf der anderen Seite stünden. Die Entscheidung, jetzt ein Moratorium anzuordnen, nimmt Ihnen niemand ab. Am letzten Wochenende hat Ihnen dies die Bevölkerung ganz klar gezeigt. 75 % unserer Bevölkerung sind gegen die Atomkraft. Sie wollten es jedoch nicht glauben. Sie haben uns in diesem Hause immer wieder von einer Lücke erzählt. Derzeit sind acht Atomkraftwerke nicht am Netz. Eine Lücke ist nicht entstanden. In Deutschland werden 660 Terawattstunden Strom produziert. Wir brauchen jedoch lediglich 580 Terawattstunden Strom und wir exportieren 12 %. Der Anteil der Atomenergie liegt dabei bei 20 %. Wo ist diese Lücke? Wir brauchen den Strom aus den Atomkraftwerken nicht. Sie haben die Laufzeit jedoch ohne Not verlängert.

Herr Wörner hat die Zahlen von Roland Berger angeführt. Ich möchte Sie über die Arbeitsplätze informieren. Die Schaffung von 370.000 Arbeitsplätzen wäre möglich gewesen. Das ist Wirtschaftspolitik. Liebe Kollegen von der FDP, das ist wesentlich mehr als die 30.000 Arbeitsplätze in der Atomindustrie. Das war der völlig falsche Ansatz. Da Sie sich als eine Wirtschaftspartei definieren, hätten Sie diese Zahlen berücksichtigen müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Von Herrn Hartmann haben wir gehört, dass das Energiesparen entscheidend für unser Land sei. Die Energieeffizienz ist ebenfalls entscheidend. Wir Freien Wähler setzen darüber hinaus auf 100 % erneuerbare Energien. Morgen werden wir eine Energiestudie vorstellen, die prognostiziert, dass Bayern bis zum Jahr 2027 zu 100 % mit regenerativer Energie versorgt werden wird. In Deutschland wären wir bis zum Jahr 2017 von der Atomkraft weggekommen. Vorhin haben wir die Zahl schon gehört. Der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt 17 %. Im Jahre 2000, bei der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, waren wir bei einem Anteil von 6,6 %. Jetzt beträgt der Anteil 17 %. Der Anteil wurde damals auf 12 % geschätzt. Hätten wir diesen Weg weiter beschritten, hätten wir im Jahr 2017 oder 2018 aus der Atomenergie aussteigen können. Sie haben jedoch die Laufzeit verlängert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Uns von den Freien Wählern und den Fraktionen auf der linken Seite ist klar, dass die erneuerbaren Energien selbstverständlich einer Volatilität unterliegen. Das ist klar. Zwar verfügen wir über den Strom aus Sonne und Wind, jedoch haben wir auch Grundlasten. Diese Grundlasten werden in Bayern besonders durch die Geothermie deutlich. Das habe ich schon öfter in diesem Haus gesagt. Das Molassebecken ist der größte Schatz in ganz Deutschland. Wir nutzen ihn jedoch nicht. Diese Energie müssen wir zwar erforschen und entwickeln, danach steht sie uns jedoch umsonst zur Verfügung. Darüber hinaus müssen wir sie nicht endlagern. Das ist Zukunftspolitik.

Wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke. Was ist aus unserem Antrag, der den Pumpspeicherkataster zum Inhalt hatte, geworden? Er wurde abgelehnt. Wir brauchen intelligente Netze, Smart Grids. Wir brauchen Druckluft- und Wasserstoffspeicher. Die Freien Wähler setzen auf eine regionale Energieoffensive. Wir haben in 40 Landkreisen dafür geworben, sich in Zukunft aus 100 % alternativer Energien zu versorgen. 17 Landkreise in Bayern haben sich dem schon angeschlossen und werden bis 2030 das Ziel erreichen, ihre Energieversorgung auf 100 % erneuerbare Energien umzustellen.

Die Freien Wähler stehen für dezentrale Strukturen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewinne von unseren Bürgern, Gemeinden und Kommunen erzielt werden und nicht, wie bei Ihnen auf der rechten Seite, von den Atomkonzernen. Seit zwei Jahren stehen in diesem Haus Innovation gegen altes Denken, Fortschritt gegen Gestriges.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Nicht übertreiben!)

- Das ist leider so. Den Kollegen von der FDP sage ich: Mit unserem Antrag haben wir gefordert, analog zur Windkraft und der Photovoltaik eine 70-30-Regelung einzuführen, um die Gewinne in der Gemeinde zu belassen. Im Ausschuss haben Sie uns erklärt, dass dies bürokratisch und schwierig sei. Sie haben keine Ahnung. Sie schaffen es nicht, unsere Kommunen zu stärken. Für Innovationen und erneuerbare Energien haben Sie nichts getan.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist viel zu ernst, als dass ich auf den Beitrag des Kollegen Glauber eingehe. Sie haben richtig darauf hingewiesen, dass es auf der rechten und linken Seite des Saales Meinungen gibt. Genau dort, wo in diesem Haus keine Meinung oder nur ein entschiedenes Sowohl-als-auch vorherrscht, sind Freie Wähler.

(Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Da täuschst du dich!)

- Herr Aiwanger, ich erinnere Sie daran, dass ich für die FDP bereits im September letzten Jahres gefordert habe, Isar 1 abzuschalten. Wir wollen in das Zeitalter der erneuerbaren Energien eintreten.

(Hubert Aiwanger (FW): Wann?)

Bei allem Blick zur Sonne müssen wir aber besonnen handeln. Der oberste Maßstab ist dabei die Sicherheit. Die Sicherheit hat zwei Dimensionen, nämlich zum einen die Unfallsicherheit und zum anderen die Versorgungssicherheit. In Bezug auf die Unfallsicherheit müssen wir deutlich schärfer als in der Vergangenheit vorgehen. Wir müssen aus den Erfahrungen von Japan lernen und auch das, was bisher undenkbar war, in das Mögliche miteinbeziehen. Dabei spreche ich von Flugzeugabstürzen und neueren Gefahren, wie beispielsweise aus dem Cyberspace.

Die Versorgungssicherheit ist ein wesentliches Thema für unser Land. Wir haben im Moment einen Anteil an der Energieerzeugung durch Kernenergie von 57 %. Das ist deutlich zu viel, und zwar nicht nur im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt; es ist generell zu viel. Auch wenn wir Isar 1 dauerhaft vom Netz lassen, haben wir in Bayern immer noch einen

Anteil von circa 50 % an Energieerzeugung durch Kernkraft. Es ist eine große Herausforderung, möglichst zeitnah den Weg weg von der Kernenergie zu beschreiten.

Wie wollen wir das schaffen? Ich glaube, dass der Wasserkraft wieder ein deutlich größerer Stellenwert zukommen sollte, als das im Moment der Fall ist. Die Wasserkraft als grundlastfähiger erneuerbarer Energieträger war seit jeher fester Bestandteil der Energieerzeugung in Bayern. Es gab in der Vergangenheit Zeiten, in denen 10.000 Wasserkraftanlagen betrieben worden sind. Darunter waren auch sehr viele kleine Anlagen. Derzeit sind es leider nur noch 5.000. Wir müssen alte Anlagen - natürlich ökologisch vertretbar - wieder reaktivieren. Wir müssen ein Repowering durchführen, um weitere Potenziale der Wasserkraft heben zu können.

(Beifall bei der FDP)

Die Wasserkraft allein wird nicht ausreichen. Wir müssen uns auch über Gas unterhalten, denn auch Gas ist grundlastfähig. Natürlich wünsche auch ich mir möglichst viel Biogas, aber das allein wird nicht reichen. Wenn wir von der Kernenergie weg wollen - wir wollen davon weg -, dann sind Wasserkraft und Gas zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit ein wichtiger Baustein. Erst dann kommen all die anderen vielfältigen Formen der erneuerbaren Energien hinzu, die wir alle haben wollen.

Herr Glauber, ich bin ein großer Fan der Geothermie. Ich wohne neben Unterhaching und kenne den Kalina-Prozess zur Stromgewinnung. Ich weiß aber auch, dass wir auf diesem Feld noch zu forschen haben. Wenn wir uns angesehen haben, wie wir unsere Energieversorgung in der Zukunft aufstellen wollen, nämlich mit dem Dreiklang aus Wasserkraft, Gas und erneuerbaren Energien, dann müssen wir uns auch prinzipiell die Frage stellen: Wo will unser Land hin? Unser einziger Rohstoff ist das Wissen. Wir müssen unser Wissen in Bezug auf die erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Wir haben so viele fleißige kleine Unternehmer und Mittelständler, die tüfteln und unglaublich tolle Lösungen in Bezug auf die erneuerbaren Energien gefunden haben. Wir sind in Teilbereichen mit unserem Know-how Weltmarktführer bei den erneuerbaren Energien. Wir müssen deswegen auch die erneuerbaren Energien bei uns anwenden, um diesen einen Rückhalt zu geben und sie zu unterstützen.

Wir müssen aber auch dahin, dass Bayern auch bei den erneuerbaren Energien führendes Innovationsland wird. Es gibt immer noch Länder, die der Kernenergie vertrauen und Kernkraftwerke bauen wollen.

Wir müssen auf Innovation und neue Technologien setzen, wir müssen auf unseren Geist und unsere Wissenschaft setzen und dieses Know-how können wir dann weltweit exportieren, so, wie wir es in Bayern schon auf vielen Innovationsfeldern geschafft haben. Wir werden das auch bei den erneuerbaren Energien schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Debatte verfolge, dann bin ich entsetzt, weil ich feststelle, dass sich in der Qualität der Argumente in den letzten zwei Wochen nicht viel verändert hat.

(Hubert Aiwanger (FW): Ihr benutzt jetzt unsere Argumente!)

Auf der anderen Seite möchte ich Sie schon bitten zu sehen, dass jeder dazulernen kann. An dieser Stelle ist mir wichtig zu sagen: Wir haben es erlebt - Herr Minister Söder hat es gesagt -, dass sich die Welt nach Japan verändert hat. Wenn wir zu einer Neubewertung kommen, weil wir sehen, dass Ereignisse eintreten können, die zuvor keiner auf dem Schirm hatte, und zu der Erkenntnis kommen, dass alles, was eine potenzielle Nichtbeherrschbarkeit zur Folge hat, für uns nicht verantwortlich ist, dann würde ich Sie bitten, dass Sie uns die Möglichkeit geben, die Dinge erneut zu prüfen.

Ein Zweites: Ich will nicht verhehlen, dass ich überrascht bin: Wir haben gelernt, dass die Kernenergie möglicherweise gar nicht so unverzichtbar ist, wie man bisher immer den Eindruck hatte. Ich kann an dieser Stelle für mich persönlich sprechen: Ich bin überrascht zu sehen, dass wir sieben Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz nehmen können, ohne dass viel passiert.

Aber eines ist grundfalsch, sich nämlich immer nur hinzustellen und Forderungen zu erheben. Herr Glauber, auch Sie haben es eben getan; übrigens hat "Glauber" nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun, auch das ist heute wieder klar geworden. Wir wollen die Energiewende, und zwar nicht erst seit zwei Wochen. Die CSU war in der Tat in der Frage der Kernenergie nie ideologisch oder fanatisch. Die Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie in Bayern war historisch richtig, denn nur dadurch war es möglich, dass Bayern den Weg des wirtschaftlichen Erfolgs und der Industrialisierung überhaupt gehen konnte. Wir haben in den letzten Jahren - das ist erkennbar im Energiekonzept und anderem dokumentiert - für uns die Energie-

wende vollzogen, weil wir auf den energiepolitischen Dreiklang setzen, der darin besteht, Energie zu sparen, Energie aus erneuerbaren Energieformen zu erzeugen und aus der Möglichkeit, Energie intelligent in das Netz zu bringen und zu speichern. Ich bitte Sie, das zu sehen und nicht fortgesetzt herumzukrakeelen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen auch eine vernünftige Strategie für die beschleunigte Energiewende. Ich kann nur davor warnen, dass wir uns auf ein einziges Ziel verlegen, nämlich so schnell wie möglich aus der Kernenergie auszusteigen. Wir sind uns einig, dass wir raus möchten. Allerdings haben wir vor einem Jahr hier noch groß diskutiert, dass wir in Bayern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Es soll eine CO₂-Reduzierung in größtmöglichem Umfang erfolgen. Wir haben diskutiert, dass wir Aspekte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Gleichklangs berücksichtigen müssen. Wir wollen Bayern energieautark halten und wir wollen uns nicht wieder in neue Abhängigkeiten von neuen Energieträgern, die wir von außerhalb importieren müssen, begeben. Deswegen brauchen wir ein Gesamtkonzept, das in sich konsistent ist und einen vernünftigen, bezahlbaren und verantwortbaren Weg in das postfossile und postnukleare Zeitalter weist.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. In diesem Zusammenhang ist das, was Sie, Herr Wörner und Herr Hartmann in einem verbalen GAU, einem größten anzunehmenden Unsinn, verbreiten, nicht hilfreich, diesen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Wir müssen den Menschen sagen, was die Energiewende bedeutet. Sie bedeutet, dass Bayern sein Gesicht verändert. Sie bedeutet auch, dass sich für jeden Einzelnen die Lebensverhältnisse verändern. Es wird sich dabei ändern, was wir an Komfortansprüchen haben, weil jeder Einzelne seinen Beitrag leisten muss. Das setzt voraus, dass wir die Menschen mitnehmen und gemeinsam etwas formulieren, hinter das sich alle gemeinsam stellen können und wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen können.

Es geht nicht um Stimmungen, sondern um eine vernünftige Strategie. Wir sollten uns die Zeit nehmen, vernünftig über die Aspekte zu diskutieren, ein Energiekonzept auszuarbeiten und dann gemeinsam auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Otmar Bernhard das Wort.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema heute lautet "Energiewende jetzt!". Sie tun damit so, als wäre in den letzten zehn Jahren nichts passiert. Damit stellen Sie Ihre eigene Politik unter den Scheffel.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Das tun Sie! Sie tun so, als wäre in zehn Jahren nichts geschehen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) - Hubert Aiwanger (FW): Die Laufzeitverlängerung ist verkündet worden!)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben Bayern angesprochen. Sie waren damals noch nicht im Landtag, und vielleicht ist Ihnen das deshalb entgangen: Wir haben in Bayern ein Klimaprogramm geschaffen, wie es kein anderes Bundesland hat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Dafür wird im Übrigen auch eine Menge Geld bereitgestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Das Klimaprogramm enthält Elemente der Klimaforschung und hat als Schwerpunkt die energetische Sanierung. Tun Sie doch nicht so, als wäre in Bayern nichts passiert. Die Staatsregierung hat angekündigt, jetzt ein überarbeitetes Energiekonzept vorzulegen, das all die Elemente enthält, über die wir diskutieren.

(Hubert Aiwanger (FW): Es wäre doch mehr gegangen, wenn man gewollt hätte! - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Wir sollten keine so geifernde Diskussion führen,

(Beifall bei der CSU)

sondern uns gemeinsam überlegen, welche weiteren Strategien wir entwickeln und fahren wollen.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

- Hören Sie doch einmal zu. Das ist doch unerträglich, wirklich unerträglich!

(Beifall bei der CSU)

Meiner Meinung nach ist es notwendig, Herr Kollege Wörner - schade, dass ich nur fünf Minuten Redezeit habe - ,

(Ludwig Wörner (SPD): Gott sei Dank! - Hubert Aiwanger (FW): Das reicht lang!)

das Potenzial der erneuerbaren Energien neu abzuschätzen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das fordern wir seit zehn Jahren von Ihnen!)

Das haben Sie in Ihrer Novelle zum Atomgesetz vorgesehen, und das ist auch völlig richtig. Wir sind also schneller vorangekommen, als Sie geglaubt haben. Jetzt muss ausgelotet werden, was technologisch und was finanziell zusätzlich möglich ist. Da muss man Ross und Reiter nennen und klar sagen, welche Beiträge woher kommen sollen. Ich denke dabei an die energetische Sanierung, die das größte Potenzial birgt, aber eben sehr teuer ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist alles zusammengestrichen worden!)

Wir müssen bei der Auslotung in Betracht ziehen, dass wir auf dem Weg der erneuerbaren Energien auch erhebliche Rückschläge erlitten haben. Denken Sie an E 10 und an die Strategie so mancher Investoren bei den Windrädern, die inzwischen nicht mehr offshore investieren, sondern das Repowering onshore betreiben wollen, weil sich der bisherige Weg als nicht gangbar und finanziell nicht vernünftig erwiesen hat.

(Ludwig Wörner (SPD): Die Laufzeitverlängerung war es!)

Meine lieben Freunde, ganz grundsätzlich wird es darum gehen, die Rahmenbedingungen neu zu definieren; ich nenne die Stichworte Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Stromleitungen, Pumpspeicherkraftwerke, Kosten der Energie und Importstrom. All diese Dinge müssen wir neu bewerten. Wir müssen auch die Rechtssituation ins Auge fassen, liebe Freunde. Wir haben bisher noch wenig darüber diskutiert, was diese Laufzeitgeschichten im Atomgesetz rechtlich bedeuten werden.

(Ludwig Wörner (SPD): Das war eure Laufzeitverlängerung! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ich bin nicht dagegen. Wir haben die Laufzeit verlängert.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber ohne Rechtsgrundlage!)

Wir können die Laufzeiten verkürzen, und wir können Atomkraftwerke vom Netz nehmen, wenn wir das aus

Sicherheitsgründen und anderen Gründen für erforderlich halten. Dann müssen wir der Bevölkerung aber auch sagen, was das kostet.

Meine Damen und Herren, es wird immer gesagt, wir wollen aus Japan lernen. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass wir von Tepco sehr wenig lernen können.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Die sind unter unserem Niveau. Wir sind viel besser!)

Das wird der Kern der Diskussion sein: die neue Bewertung der Restrisiken.

(Hubert Aiwanger (FW): Das kann bei uns alles nicht passieren!)

Dann stellt sich das Thema der sogenannten Stromlücke. Wie groß ist die Stromlücke wirklich?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sehe die Notwendigkeit, diese Frage neu zu bewerten.

Da ich am Anfang Ihre Art der Diskussion kritisiert habe, möchte ich zum Schluss sagen: Gehen Sie auf das Angebot der Bundeskanzlerin ein und versuchen Sie, gemeinsam mit uns eine Strategie zu entwickeln. Wir sind nämlich alle gefordert. Wir sind gefordert, weil wir die eine oder andere Position korrigieren müssen. Sie sind gefordert, weil Sie ebenfalls die eine oder andere Position korrigieren müssen. Wir stehen vor einer nationalen und vielleicht noch mehr vor einer internationalen Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen sollten, weil wir nur so am Ende zu einer sinnvollen Energiestrategie und zu einem Konsens in der Gesellschaft kommen werden, wie wir mit diesem schwierigen Thema umgehen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Nicht einmal den Bundesrat haben Sie gefragt, und jetzt ist von Konsens die Rede!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den schrecklichen Nachrichten über die dramatischen Zustände in dem Kernkraftwerk in Japan ist allen klar: Wir müssen und werden aus den Fällen Konsequenzen ziehen, werden die Energiepolitik weiterentwickeln und in mancher Hinsicht neu denken.

Die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke wird jetzt im Lichte der Ereignisse in Japan grundlegend geprüft und neu bewertet. Die Abschaltung der älteren deutschen Kernkraftwerke ist in diesem Zusammenhang absolut richtig, auch wenn wir damit in Europa und weltweit allein dastehen. Wenn es nach der Staatsregierung geht, werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Isar 1 nach Ablauf des Moratoriums abgeschaltet bleibt.

Meine Damen und Herren, es ist zu begrüßen, dass die EU-Länder eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke durchführen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

In meinen Augen ist zwingend, dass sich die EU-Länder auf eine einheitliche Sicherheitsüberprüfung aller Meiler nach den hohen deutschen Standards einigen.

Meine Damen und Herren, ich bin den Rednern der Koalitionsfraktionen sehr dankbar dafür, dass sie sehr nachdenklich und umfassend an das Thema herangegangen sind. Wir müssen Entscheidungen zu den Eckpunkten Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz treffen. Für den neuen Energiekonsens brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte, in der diese Aspekte gegeneinander abgewogen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

In Bayern werden 57 % der Stromversorgung über Kernkraft abgedeckt, in Deutschland insgesamt 23 %. Herr Kollege Wörner, Sie fordern ein Abschalten. Ich weise darauf hin - das gehört auch zur Wahrheit -, dass nach dem von Ihnen seinerzeit verfolgten Atomkompromiss die vier bayerischen Kernkraftwerke weitergelaufen wären, nämlich Grafenrheinfeld bis 2014, Gundremmingen B bis 2015, Gundremmingen C bis 2016 und Isar 2 bis 2020. Es gehört auch zur Wahrheit, sodass Sie sich jetzt nicht als Moralapostel hinstellen und sagen können, Sie hätten sofort alle abgeschaltet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen ist die rot-grüne Bundesregierung seinerzeit offensichtlich davon ausgegangen, dass eine sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke - auch ich unterstreiche das - nicht möglich ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Das sagt auch keiner! - Margarete Bause (GRÜNE): Das hat doch keiner gefordert!)

Wir brauchen die Kernkraft noch kurz- und mittelfristig als Übergangstechnologie auf dem Weg zu einer weitgehend auf erneuerbare Energien gestützten Stromversorgung. Nur so können wir übrigens auch die von uns gemeinsam getragenen Klimaschutzziele erreichen. Deswegen geht es jetzt in der Debatte darum, dass wir beim Umstieg auf eine Energieversorgung ohne Kernkraft ehrgeiziger werden.

Herr Kollege Glauber, Sie haben von den Arbeitsplätzen gesprochen. Dazu will ich darauf hinweisen, dass unser Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in hohem Maße auf unseren leistungsfähigen Industrieunternehmen beruhen. Bayern liegt beim Aufschwung in Europa deshalb vorn, weil unser verarbeitendes Gewerbe und die industrienahen Dienstleistungen so leistungstark sind. Wir liegen vorn, weil wir unsere energieintensiven Industriebranchen haben, wie beispielsweise die Chemie-, die Papier- und die Zementindustrie. Wir wissen alle auch aus aktuellen Gesprächen sehr genau, dass bei einer Standortentscheidung Standort-sicherheit und eine preiswerte Energieversorgung eine große Rolle spielen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Bei einem Gesamtkonzept muss das alles bedacht werden, meine Damen und Herren, damit wir unsere hart erarbeitete internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen. Deshalb werden wir in Bayern bereits im Mai ein fortentwickeltes, ein neues Energiekonzept vorlegen, das aufzeigt, wie und in welchem Umfang in den nächsten zehn Jahren der schnellere Umstieg Bayerns auf eine weitgehend auf erneuerbare Energien gegründete Energieversorgung erreicht werden kann. Die Schwerpunkte des neuen Konzepts liegen im Ausbau und in der Integration der erneuerbaren Energien. Darauf muss eine technologische, eine praktische Antwort gegeben werden. Das ist im Übrigen etwas, was seinerzeit unter Rot-Grün nicht geleistet worden ist, nämlich der Ausbau der Energienetze, die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Speicherkapazitäten und Speichertechnologien. Sie tun gerade so, als müsste uns das erst jetzt einfallen. Schauen Sie sich doch an, was wir allein im Programm "Aufbruch Bayern" bei diesen Zukunftstechnologien an zukunftsweisenden Projekten untergebracht haben. Sie werden sehen, dass Bayern auch hier vorne liegt, vor allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden aufzeigen, wie wir den Umstieg auf erneuerbare Energien erheblich beschleunigen können. Bei

den erneuerbaren Energien haben wir in Bayern bereits sehr viel erreicht. Mit 25 % liegen wir weit über dem deutschen Durchschnitt. Wenn ganz Deutschland auf den bayerischen Wert käme, wäre schon viel für die klimafreundliche Energieerzeugung gewonnen. Ich bin den Kollegen der Koalitionsfraktionen sehr dankbar, dass sie auch Themen wie beispielweise die Potenziale bei der Wasserkraft angesprochen haben. Wenn wir die Potenziale bei diesen Energien massiv anheben, dann müssen wir nämlich auch gemeinsam mit den Bedenken vor Ort umgehen. Wir dürfen uns nicht an die Spitzen derselben stellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen zum Beispiel Speichermöglichkeiten und hocheffiziente Gaskraftwerke, damit wir die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien dynamisch weiter ausbauen können. Ohne schnell hochfahrbare Gaskraftwerke werden wir die Grundlast nicht sicher vorhalten können. Es geht also darum, gewaltige Investitionen für unsere Energiezukunft zu mobilisieren. Das kostet Geld, Geld des Verbrauchers ebenso wie des Steuerzahlers.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir müssen unsere energieintensive Industrie auch künftig mit kostengünstigem Strom versorgen. Das gilt beispielsweise für die Karbonfaserherstellung. Wir müssen deshalb auch bereit sein, die Lasten für diesen Konsens zu tragen. Das heißt, die Strommasten, die Windräder, die Wasser- oder auch Gaskraftwerke in unserer Nachbarschaft müssen akzeptiert werden. Das gilt beispielsweise auch für Pumpspeicherkraftwerke. Herr Kollege Wörner oder Herr Kollege Hartmann, ich glaube, einer von Ihnen hat die Windenergie angesprochen. Auch sie ist regional betrachtet immer ein sehr spannendes Thema. Wir müssen aber immer sehen: 0,6 % kann ich nicht hinaufschrauben und sagen: Damit kann ich die Lücke schließen. Das kann nur ein Energiemix aus allem.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, wir sind das Innovationsland Nummer eins in Deutschland.

(Hubert Aiwanger (FW): Traurig genug!)

Wer, wenn nicht wir, könnte durch eine gemeinsame Anstrengung, mit Hochtechnologie und mit innovativen Ansätzen die Energiewende schaffen, den schnelleren Umstieg in ein Zeitalter ohne Kernkraft?

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD):

Guten Morgen, Staatsregierung! Auch schon aufgewacht?)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Schlussbericht
des Untersuchungsausschusses
zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und
möglicher Versäumnisse von Ministerpräsident
Horst Seehofer, Staatsminister Georg
Fahrenschon, Staatsminister Joachim Herrmann,
Staatsministerin Emilia Müller, Staatsminister
Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund
Stoiber, Ministerpräsident a. D. Dr. Günther
Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt
Faltlhauser, Staatsminister a. D. Erwin Huber,
Staatssekretär a. D. Georg Schmid, Staatssekretär
a. D. Jürgen W. Heike in Zusammenhang mit dem
Erwerb und dem Verkauf der Hypo Group Alpe
Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank
(BayernLB) (Drs. 16/7500)
- Einsetzungsbeschluss (Drs. 16/3855) -**

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der Vorsitzende erhält zusätzlich 10 Minuten Redezeit für allgemeine Ausführungen zum Untersuchungsausschuss. Als erstem Redner darf ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrn Kollegen Dr. Florian Herrmann, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA berichtet diesem Hohen Haus heute über die Ergebnisse seiner einjährigen Aufklärungsarbeit bezüglich der Vorgänge um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank. Der Untersuchungsausschuss wurde durch Beschluss des Plenums am 24.02.2010 eingesetzt. In 27 Sitzungen wurden insgesamt 80 Zeugen vernommen oder schriftlich gehört. Rund 300 Aktenbände wurden gesichtet und zwei schriftliche Sachverständigengutachten zu Rechtsfragen eingeholt. Der Untersuchungsausschuss ließ sich diese Gutachten außerdem von den Sachverständigen mündlich erläutern und konnte bei dieser Gelegenheit Fragen stellen. Um der Sache genau auf den Grund zu gehen, haben wir uns zum Zwecke der Aufklärung sämtlicher zur Verfügung stehender Mittel bedient. Wir haben sogar einem Zeugen Ordnungsgeld auferlegt und Ordnungshaft angedroht, weil er zunächst die Auskunft verweigert hatte.